

Was der Chinese Hsü Dau-Lin sagt:

Chinas Einigungswille war stärker als die Intrigen Japans. Und die enge Fühlungnahme zwischen der Nanking- und der Mukdenregierung, die immer mehr Gestaltung gewann, ist der wahre Grund gewesen für den japanischen Einmarsch in die Mandschurei im September vorigen Jahres.

Wer hat die Verträge gebrochen?

Japan wirft China immer vor, die geschlossenen Verträge gebrochen zu haben, ist jedoch nie in der Lage, irgendeine Bestimmung aus dem einen oder anderen Vertrag zu nennen, die verletzt worden wäre. Dagegen hat Japan seine Verträge mit China nie gehalten (z. B. bei der südmandschurischen Eisenbahn): der vereinbarte chinesische Präsident ist nie ernannt worden; entgegen den Vertragsbestimmungen sind Chinesen von der finanziellen Beteiligung an der Bahnunternehmung ausgeschlossen; die „Bahnschutzwachen“ von „15 Mann auf je einen Kilometer“, deren Unterhaltung durch die Japaner jeder Rechtsgrundlage entbehrt (denn vertraglich vereinbart war, daß der Schutz der südmandschurischen Bahn Sache der chinesischen Regierung bleibe), sind nie zurückgezogen, obwohl Japan noch 1922, auf der Washingtoner Konferenz, ihre Zurückziehung ausdrücklich in Aussicht stellte. Und wenn Japan sich wirklich in seinen Rechten verletzt fühlte, so waren dafür genug Rechts- und Schlichtungsinstanzen in den internationalen Gerichtshöfen da.

Banditen und Kommunismus

Dann wird auf der japanischen Seite immer wieder von den „Banditen“ gesprochen, die auszurotten die Japaner sich zur Aufgabe gestellt haben. Aber diese sind doch erst hochgekommen, nachdem die japanischen Truppen in die Mandschurei eingefallen sind, die chinesischen Regierungs- und Polizeitruppen entwaffnet und vertrieben haben. Abgesehen davon, daß man damit nur die Möglichkeit schaffen will,

den Terminus „Krieg“ gegen „Polizeiaktion“ auszutauschen und so die Diplomaten in Genf zu beruhigen, sind die „Banditen“ jedenfalls, wo sie wirklich existieren, die Folge und nicht die Ursache der japanischen militärischen Aktion. Ebenso steht es mit der Frage des Boykotts japanischer Waren.

Was die Gefahr des Kommunismus anbetrifft — Japan gibt sich den kapitalistischen Mächten gegenüber immer als den Bekämpfer des chinesischen Kommunismus aus, der „die Welt bedroht“ —, so spricht deutlich die Tatsache, daß die chinesische Regierung, nicht weniger die in Mukden, den Kommunismus energisch und mit Erfolg bekämpft hat. Erst Japans Einmarsch in China — und damit die Schwächung der Regierung und Erbitterung des Volkes — wird den Kommunismus in China wirklich zu einer Gefahr werden lassen.

Faßt man alles zusammen: Revolutionäres Bewußtsein des Volkes, zielbewußte Politik der nationalen Regierung, so liegen die letzten Gründe des energischen japanischen Vorgehens auf der Hand: Japan verteidigt nicht seine Rechte — denn Rechte zu verteidigen, gibt es einfachere und weniger kostspielige Mittel —, sondern nur seine Interessen, Interessen, die jeder Rechtsgrundlage entbehren. Japan will nicht nur Gast, sondern Herr der Ostprovinzen sein und den Eigentümer hinaustreiben, zumal er zur Selbstbesinnung gekommen und seinen Wünschen zu folgen nicht mehr willig ist.

Außerdem stehen die Ostprovinzen (Mandschurei) schon seit langen Jahren auf dem Programm der japanischen Machtpolitik: denn nachdem Japan den russischen Einfluß in Ostasien gebrochen hat, gilt das politische Ziel seitdem der Erweiterung der japanischen Vormachtstellung im ostasiatischen Kontinent. Das ist besonders deshalb wichtig, weil ein Krieg Japans entweder mit Rußland oder mit Amerika ohne eine ihm bequeme Mandschurei nicht durchzuführen ist.

Fortsetzung auf Seite 108